

*Aktueller denn je: Gegen Familienfeindlichkeit und Flickschusterei in der Alterssicherung*

## **Das Drei-Säulen- oder Cappuccino-Modell**

### **Ein Vorschlag der Katholischen Verbände für eine familienfreundliche, beschäftigungsorientierte und solidarische Alterssicherung**

#### **I. Die derzeitige Rentenpolitik: Familien vergessen, Arbeitskosten nicht entlastet**

Die Rentenpolitik in Deutschland ist eine unendliche Geschichte rhetorischer Bekenntnisse zur Wichtigkeit der Familien und zur Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung, um die Arbeitskosten zu entlasten. Doch Entscheidendes hat sich nicht getan. Worte verdecken bis heute eine angemessene Zukunftsgestaltung:

- *Ihre Rente ist auch künftig grundsätzlich sicher.*  
Vielleicht, wenn sie sich ein massives Zusatzsparen weit über den heutigen Rahmen hinaus leisten können. Vorrangig jene, die Kinder erziehen, werden aber in Zukunft Renten und Alterseinkommen an und unter der Armutsgrenze haben.  
Denn die bisher eingeleiteten Reformen senken das Rentenniveau dramatischer ab als allgemein bekannt, viele Berechnungen sind zu optimistisch. Beispiel: „Die Kaufkraft der Renten wird allerdings zurückgehen. Unterstellt man eine reale Lohnsteigerung von jährlich 1,5 %, dann würde eine heutige Monatsrente in Höhe von 1.170 Euro auf 1.429 Euro im Jahr 2030 steigen“ (Rürup-Kommission 2004; Anm.: Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag liegt derzeit bei rund 660 €, nicht 1170 €!). Schade nur, dass eine volkswirtschaftliche Reallohnerhöhung von jährlich 1,5 % der Sozialversicherten völlig in den Sternen steht und der Vergangenheit grundlegend widerspricht, dass die Berechnungen die Anhebung des Rentenalters und den Nachhaltigkeitsfaktor noch nicht berücksichtigen, die künftige Rentenbesteuerung außer Acht lassen und auch das gesunkene Arbeitsvolumen und die gesunkene Zahl Sozialversicherungspflichtiger nicht einbeziehen.
- *Familie liegt der Politik besonders am Herzen.*  
Aber leider zu oft nur dies. Deshalb bleiben Familien auch bei der Rente in Zukunft die Einkommensschwächsten, der oft arme oder armutsnahe Bodensatz, und das künftig noch mehr als heute. So liegt die Armutsquote heute (2. Armutsbericht der Bundesregierung, 2005) bei den über 65 Jährigen bei über 11 %, was in einer Größenordnung von 90 % und mehr Menschen betrifft, die lange Zeit Kinder erzogen haben. Kinderlose geraten hingegen nur zu einem verschwindenden Bruchteil durch Rentenniveauabsenkungen in Armutsnähe oder Armut.

- *Wir brauchen mehr Eigeninitiative.*  
Nur müssen Sie sich dafür künftig noch mehr Kinder „ersparen“, um eigeninitiativ durch Erwerbstätigkeit und weniger Zeit und weniger Kosten für Kinder künftig für ihr Alter vorzusorgen. Denn die Sparfähigkeit von Familien ist im Vergleich mit Kinderlosen fundamental vermindert, insbesondere bei Familien mit nur durchschnittlichem oder geringerem Einkommen: Der Wohlstand einer Familien mit z.B. zwei Kindern ist rund 30 bis 40 % niedriger als bei Kinderlosen, ein Kind allein bedeutet für die Eltern einen Verzicht auf rund 200. – 300. Tausend Euro – alle staatliche Förderung bereits eingerechnet.
- *Wir brauchen mehr Wahlfreiheit, sich für Familie entscheiden zu können.*  
Aber nur, wenn sie ihre Kinder nicht mehr selbst erziehen und möglichst schnell die Kinder abgeben und erwerbstätig werden, natürlich möglichst flexibel, möglichst lange, auch an Samstagen oder gar Sonntagen und ohne Karriereeinbußen.

## **II. Der Koalitionsvertrag: Wenig bis nichts für Familien, wenig Solidarität und keine möglichst nachhaltige Senkung der Beitragslasten Sozialversicherter**

Wird mit den Vorhaben der Großen Koalition seit November 2005 die Alterssicherung der Eltern in der Alterssicherung besser – oder zumindest nicht schlechter? Und werden die Beitragslasten, welche Arbeit teuer machen und zur Arbeitslosigkeit beitragen, soweit wie möglich gesenkt?

Fehlanzeige: Wer Familien gründet und Kinder erzieht, dessen Chancen sinken, künftig nicht zu den Ärmsten im Alter zu gehören. Der Koalitionsvertrag ist im Hinblick auf die Alterssicherung klar und rücksichtslos gegenüber Familien, er vermittelt negative Planungssicherheit: Kinder werden vermehrt zu einem persönlichen Wirtschaftsrisiko, auch und besonders im Alter:

1. *Das familienpolitische Feigenblatt: Bei der Förderung des Vorsorgesparens soll der Förderbetrag pro Jahr und Kind um 115 € aufgestockt werden.*  
Doch wird bei einem Einkommensverzicht von rund 200. – 300. Tausend Euro je Kind (vergleiche oben) eine um 115 € pro Jahr und Kind aufgestockte Sparförderung eine wesentlich andere Situation schaffen, also die Sparfähigkeit der Familien entscheidend erhöhen und das Risiko der Altersarmut für Familien wesentlich vermindern?
2. *Die undifferenzierte Belastung insbesondere von Familien und Menschen mit körperlich anstrengenden berufen: Geplante Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre.*  
Mit der Anhebung des Renteneintrittsalters bekommt die Erwerbsarbeit einen noch höheren Stellenwert, die Kindererziehung wird aber nicht entsprechend aufgewertet. Wer Kinder selbst erzieht, verliert damit relativ an Rentenansprüchen. Zudem nimmt das Risiko, nicht mehr in den rentensteigernden Erwerbsprozess nach langjähriger

Kindererziehung hineinzukommen, weiter zu (das stieg bereits durch die Anhebung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre erheblich an). Und für gesundheitsbelastete – meist schlecht bezahlte – Berufe, die selten bis zu dieser erhöhten Altersgrenzen arbeiten können, wird die Rente um ein Vielfaches drastischer gekürzt als für andere Berufe, solche Familien werden sich nochmals verstärkt weniger Kinder leisten können. Arbeitslosigkeit vor der Rente wird noch mehr Menschen treffen, insbesondere, wenn die Arbeitsverträge weiterhin nur bis zum 65. Lebensjahr laufen, die Rente aber erst mit 67 Jahren beginnt (gleichzeitig halbiert die Koalition die Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitslose, die Arbeitslosengeld II beziehen). Die verbreitete und aus heutiger Sicht leichtsinnig optimistische Behauptung, der Arbeitsmarkt der Zukunft (ab etwa 2025 – 2030) nehme aus demografischen Gründen alle älteren Arbeitnehmer auf, ist nichts anderes als eine vage, brüchige Zukunftshoffnung: Denn trotz Wirtschaftswachstums ist das Arbeitsvolumen seit Jahrzehnten in Deutschland rückläufig, durch Rationalisierung brauchten wir immer weniger Arbeitsvolumen für unsere wachsende Produktion. Die steigende Zahl Erwerbstätiger konnte nur durch Arbeitszeitverkürzung und zunehmende Teilzeit in den Arbeitsmarkt integriert werden. Und der angeblich kommende Fachkräftemangel? Einen Fachkräftemangel hat es immer gegeben, der hängt am allerwenigsten mit den globalen Größenordnungen des Arbeitsmarktes und der Demografie zusammen.

3. *Die nachgeschobene, undifferenzierte Rentenkürzung auch für Empfänger kleiner Renten wegen Kindererziehung: Ein neuer "Nachholfaktor" in der Rentenformel soll dafür sorgen, dass alle nicht vorgenommene Rentenkürzungen mit Erhöhungen in späteren Jahren verrechnet werden.*

Dadurch – und durch den Demografiefaktor in der Rentenformel und die zunehmende Besteuerung der Renten – wird das Rentenniveau nach Abzug der Steuern gegenüber heute im Minimum um rund 25 – 35 % sinken, soweit die Beiträge der Rentner an die Sozialversicherungen nicht weiter steigen (was unrealistisch ist). Dies bedeutet für jene, die insbesondere wegen Kindererziehung weniger Beitragsjahre haben, Renten deutlich unter dem Existenzminimum, was selbst mit einem zusätzlichen „Riester-Sparen“ für einkommensschwächere Familien nicht annähernd zu kompensieren ist: So beträgt heute der durchschnittliche Rentenzahlbetrag für eine Frau in den alten Bundesländern nur rund 505 € pro Monat. Aufgrund der Rentenniveaукürzungen wird dieser Betrag auch in 20 – 30 Jahren real nicht oder kaum höher sein und damit um etwa ein Drittel unter dem Existenzminimum liegen, auch nach Einrechnung von drei Erziehungsjahren je Kind. Denn um die Armutsschwelle von heute von rund 650 – 750 € aus eigenen Rentenansprüchen zu erreichen, muss eine Frau bei drei Erziehungsjahren heute wie in Zukunft mindestens rund 10 Kinder erzogen haben.

4. *Die beschäftigungsfeindlichen Beitragserhebungen erhalten: Eine deutliche Senkung des Rentenversicherungsbeitragssatzes ist nicht absehbar.*

Seit Jahren wird – zu Recht – die hohe Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen mit Sozialabgaben beklagt. Deutschland ist fast einmalig in der Welt, wie stark die Sozia-

le Sicherung über sozialversicherungspflichtige Arbeit finanziert wird und wie wenig über Steuern, wodurch Arbeit bei uns besonders teuer wird und Erwerbstätige wegrationalisiert werden. Doch nichts ändert sich: Der Rentenversicherungsbeitrag soll in den nächsten Jahren auf 19,9 % und dann bis auf 22 % ansteigen (zusammen mit dem „Riester-Sparen“ bis 26 %). Mit Ausnahme der Familienpolitik lagen selten Wort und Tat so weit auseinander wie in der Rentenpolitik.

### **III. Das Rentenkonzept der Katholischen Verbände: Familienfreundlich, beschäftigungsorientiert, leistungsfreundlich, finanzierbar**

Im Jahr 2003 haben die Katholischen Verbände ein Basiskonzept für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung vorgelegt. Angesichts der Vorhaben der Großen Koalition ist dieses Konzept aktueller denn je, um

- eine familienfreundliche Alterssicherung zu schaffen: Familie braucht eine nachhaltige und deutliche Anerkennung ihrer Leistung und eine verlässliche Basis auf für das Alter. Sonst sind alle Bekenntnisse zu Familie nur Wortspielerei.
- eine klare Entlastung des Faktors Arbeit. Denn eine hohe Arbeitslosigkeit, altersbedingtes Herausdrängen der Erwerbstätigen aus dem Erwerbsprozess, lange Ausbildungszeiten und Wartezeiten vor einem richtigen Berufsbeginn belasten besonders Familien.
- eine breitere Basis, um die Lasten der demografischen Veränderung auf alle Schultern zu verteilen. Mit der heutigen Rentenversicherung mit einer schrumpfenden Zahl Sozialversicherungspflichtiger und zunehmend hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleibenden beitragspflichtigen Einkommen wird eine familien- und beschäftigungsfreundliche Gesellschaft nicht hinreichend zu schaffen sein.

Für diese Ziele schlagen die Katholischen Familienverbände ein dreigliedriges Konzept vor (vgl. ausführlich z.B. im Internet unter <http://www.familienbund-freiburg.de/Forum/ForumFamilieNr.46.pdf>), bestehend aus einer

- 1) solidarischen Pflichtversicherung für alle Einwohner mit einer Sockelrente für alle Bürger, finanziert aus den Beiträgen aller Bürger,
- 2) der Fortführung der bisherigen Arbeitnehmerrentenversicherung, aber vermindert auf rund 60 % des derzeitigen Niveaus und
- 3) einer erhöhten betrieblichen und privaten Altersvorsorge.

Zu 1) Die Sockelrente für alle lohn- und einkommensteuerpflichtigen Bürger ab dem 65. Lebensjahr:

- ◆ Höchstbetrag der Sockelrente je nach Konzeption (Rechtstand 2002): 410 € bis 510 € pro Monat.

- ◆ Der Anspruch auf eine Sockelrente baut sich zwischen dem 15. und dem 65. Lebensjahr auf mit 2 % pro Jahr auf, soweit eine Lohn- und Einkommenssteuerpflicht in Deutschland besteht; Sonderbedingungen sind bei Erwerbsunfähigkeits- und Waisenrenten vorgesehen.
- ◆ Finanzierung: Beitrag von rd. 5,5 % auf die Summe der positiven Einkünfte, vermindert bei Familien um Kinderfreibeträge in Höhe des Existenzminimums der Kinder (6,4 %, wenn nach dem 65. Lebensjahr keine Beiträge mehr erhoben werden). Durch die Kinderfreibeträge werden Familien in der Erziehungsphase entlastet.
- ◆ Optional: Bei mehr als 63.910 € Jahreseinkommen oder 5325 Euro Monateinkommen (Stand 2003) könnte ein Höchstbetragsbegrenzung festgesetzt werden.
- ◆ Zusätzlich zur Beitragsfinanzierung sollen rund 40 % des derzeit gezahlten Bundeszuschusses anteilig zur Finanzierung der Sockelrente verwendet werden, die andere 60 % fließen wie bisher in die Arbeitnehmerrentenversicherung.

Zu 2): Gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitnehmer (wie bisher), jedoch in Höhe von rund 60 % des bisherigen Leistungsniveaus; zusammen mit der Sockelrente wird das derzeitige Sicherungsniveau erreicht:

- ◆ Senkung des Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) von derzeit 19,5% auf 11 % gesenkt, paritätisch finanziert durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Denkbar ist z.B. auch ein Beitragssatz von 9 % in Verbindung mit einer Sockelrente von 510 Euro sowie einer paritätischen Finanzierungsbelastung in allen drei Säulen, denn das Modell ist flexibel gestaltbar, ohne seine tragenden Ziele aufzugeben (vgl. Netzler, A., 2003: Bürgerversicherung in der Rente Das Alterssicherungsmodell des Familienbundes der Katholiken).
- ◆ Anteilig gleiche Finanzierung der Arbeitnehmersicherung wie bisher durch Bundeszuschuss, so dass der Bundeszuschuss auf Sockelrente und Arbeitnehmersicherung aufgeteilt wird.
- ◆ Optional: Eigenständige Alterssicherung von Frauen durch ein Ehegatten-Rentensplitting, wobei das Splitting durch die Sockelrente eine verminderte Bedeutung hat. Dieser Baustein ist kein unverrückbarer Kernbestandteil des Modells.
- ◆ Anrechnung von 6 Jahren Kindererziehungszeiten in der Arbeitnehmersicherung je Kind. Dies ist etwas mehr als die drei heute angerechneten Erziehungsjahre beim heutigen Rentenniveau.

Zu 3) Intensivierte betriebliche und private Altersvorsorge: Dieser Baustein umfasst im Kern die familienorientierte Fortführung und Anpassung der so genannten freiwilligen „Rieser-Rente“ mit einer Option für eine verstärkte Finanzierung seitens der Arbeitgeber, die bei der Gesetzlichen Rente erheblich entlastet würden.

### III. Kritik und Gegenkritik: Beispiele gegen Schein und Irreführung

Am Modell der Familienverbände wurde in der Vergangenheit insbesondere von Vertretern, die der heutigen wenig familienfreundlichen und die Arbeitskosten stark belastenden Gesetzlichen Rentenversicherung nahe stehen, vereinzelt Kritik geübt. Die wichtigsten Punkte sind:

- *Das Modell löse das demografische Problem nicht, die Belastung durch Ältere steige mit zunehmender Alterung der Gesellschaft trotzdem weiter an.*

Falsche, bewusste Irreführung: Kein Altersvorsorgesystem der Welt kann der Belastung durch Ältere ausweichen, denn die Alterseinkommen sind immer aus dem laufenden Volkseinkommen zu finanzieren, entweder durch Beiträge Jüngerer, Steuern aller oder einen Vermögensverkauf an Jüngere, die dafür auf verfügbares Einkommen in dem Moment verzichten müssen, wo die Älteren ihren Anspruch geltend machen. Spielraum besteht nur in dem Ausmaß, wie diese Lasten durch Auslandsanlagen und Geldrückfluss auch auf ausländische Gesellschaften verteilt werden, wobei aber alle hoch entwickelten Staaten mit Kapitalexpert und Hoffnungen auf massiven Geldrückfluss ihre Altersprobleme abzumildern versuchen und bei Auslandsanlagen andere Risiken hinzutreten.

Ansonsten gilt: Nur soweit ein Rentensystem Kindererziehende nachhaltig fördert, hat es eine demografisch positive Bedeutung. Und mit einer verbreiterten Beitragsbasis wie im Modell der Katholischen Verbände (alle Einkommen aller Bürger werden berücksichtigt) kann eine zuverlässigere Basis erreicht werden, die auf demografische und volkswirtschaftliche Schwankungen weniger reagiert als das heutige System und zugleich die Arbeitskosten senkt.

Übrigens: Eine Art Demografiefaktor brauchen alle Modelle zur fortlaufenden Anpassung, denn heute ohne Anpassungsmöglichkeit für die nächsten z.B. 50 Jahre abschließend ein Rentensystem planen zu wollen wäre naive Utopie. Ein solcher Nachhaltigkeitsfaktor muss also bei allen Modellen ergänzend hinzukommen, ohne der Kern des jeweiligen Modells zu sein.

- *Eine Sockelrente verhindere Leistungsanreize und führe dazu, dass die Menschen für ihre Altersvorsorge nichts mehr leisten.*

Falsch: Im heutigen System werden viele Menschen in Zukunft ein Leben lang einbezahlt haben, ohne das Niveau der Grundsicherung wesentlich oder überhaupt zu überschreiten. Dem Irrglauben folgend, Menschen würden ihr Erwerbsleben über Jahrzehnte entscheidend an der Rente ausrichten anstatt an ihren aktuellen Lebensperspektiven, ist das heutige System sogar leistungsfeindlicher als jenes der Katholischen Verbände, in dem jeder Rentenbeitrag die Sockelrente aufstockt und sich damit immer lohnt und nicht auf eine Basissicherung angerechnet wird (wobei um eine Basissicherung keine humane Gesellschaft mit einer gewissen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herum kommt, auch wenn manche in der Politik von einer Abschaffung der Grundsicherung im Alter in Deutschland inzwischen träumen, um „richtig Druck zu machen“).

- *Eine Beitragssatzerhebung über das 65igste Lebensjahr hinaus ist unververtretbar, deshalb ist das ganze Modell abzulehnen.*

Falsch: Das Modell enthält die Option, die Beitragserhebung in der Regel mit dem 65igsten Lebensjahr zu beenden, sollte sich eine Beitragserhebung über das 65igste Lebensjahr hinaus als unpassend erweisen. Das Modell ist in diesem Punkt besonders offen. Wird der Beitragssatz in der Regel nur bis zum 65igsten Lebensjahr erhoben, steigt der Beitragssatz auf rund 6,1 % für die Sockelrente. Insgesamt läge damit die Gesamtbelastung durch Sockelrente (6,1 %), Arbeitnehmersversicherung (9 – 11 % je nach Variante) und einer zusätzlichen freiwilligen Altersvorsorge von max. 4 % des Einkommens noch um rund 2 – 3 %-Punkte (je nach Modell) unter der heutigen Beitragsbelastung (vgl. Netzler, A., 2003: *Bürgerversicherung in der Rente Das Alterssicherungsmodell des Familienbundes der Katholiken*), weil die Beitragsbasis bei der Sockelrente erweitern und sich die Finanzierungslast auf alle Bürger verteilen würde. Mit der verminderten Beitragssatzbelastung würden die Arbeitskosten sinken, die Beschäftigung wäre nicht mehr so hoch und beschäftigungsfeindlich mit Beiträgen belastet.

- *Das Modell sei nicht finanzierbar, die Beitragssätze zu gering kalkuliert. Die Finanzierung von Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten in der Arbeitnehmersversicherung (der zweiten Säule in dem Modell) sei ungeklärt.*

Falsch: Im Jahr 2002 kalkulierten die Verbände in einer ersten Kostenprojektion einen notwendigen Beitragssatz von 4 % für die Sockelrente. Nach umfangreichen Neuberechnungen – auch mittels externer Berater – wurden rd. 5,5 – 5,7 % Beitragssatz berechnet für die Grundversion der Sockelrente (6,1 % bei Beiträgen zur Sockelrente nur bis zum 65igsten Lebensjahr). Die Aufwendungen für Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten wurden ausdrücklich in dem Modell der Katholischen Verbände berücksichtigt.

- *Das Modell bedeute für Familien keine Verbesserungen.*

Falsch: Durch die Sockelrente werden insbesondere Frauen oder Männer begünstigt, die lange Zeit Kinder erzogen haben, wie Modellrechnungen schlüssig beweisen, wobei es auch für Vollerwerbstätige keinen Rentenverzicht gäbe. Wer langjährig Kinder erzogen hat, dessen Rente würde zumindest eine durchschnittliche Höhe erreichen. Richtig ist nur, dass die Anerkennung von 6 Erziehungsjahren in der auf rund 60 % gegenüber dem heutigen Niveau verminderten Arbeitnehmerrentenversicherung für sich betrachtet wenig bewirkt, denn dies hat nur etwa den Wert von dreieinhalb Erziehungsjahren im heutigen System (in dem nur drei Jahre anerkannt werden). Neben der Sockelrente im Alter hätten aber gerade einkommensschwächere Haushalte mit Kindern in der Erwerbphase mehr Einkommen zur Verfügung, da ihre Kinderfreibeträge bei der Beitragserhebung berücksichtigt würden, was ihnen auch mehr Raum gäbe, eine freiwillig Zusatzversorgung aufzubauen. „Verlierer“ des Systems wären all jene, die keine Kinder erziehen und die sich bisher der solidarischen Alterssicherung als Einkommensstarke entzogen haben. Von den Berufsverbänden haben besonders die Beamten Bedenken gegen das Modell angemeldet (obwohl eine Beamtenversorgung darauf aufstockend durchaus möglich ist), während es für Selbstständige durchaus interessant sein kann, auf eine Mindestsicherung auf Existenzniveau im Alter durch die Sockelrente zurückgreifen zu können: Nicht alle Selbstständigen sind schließlich Großverdiener.

- *Eine Sockelrente bedeute eine verfassungsrechtlich unvertretbare Einschränkung der Freiheit.*

Falsch: Es steht dem Gesetzgeber durchaus offen, aus sozialen und familienpolitischen Überlegungen heraus ein soziales Sicherungssystem so zu gestalten, dass es Familienfreundlichkeit fördert, Solidarität erhält und Beschäftigung konkurrenzfähiger macht.

Wenn dazu eine allgemeine Sicherung aller Bürger ein Weg ist, so ist dieser keineswegs verfassungsrechtlich unmöglich.